

<b>Antrag vom 12.04.2019</b>	
------------------------------	--

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

## Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Betreff
<b>Städte für Europa – Europa in den Städten</b>

Der Deutsche Städtetag, dem auch Stuttgart angehört, hat im Februar die Erklärung „Städte für Europa – Europa in den Städten“ verabschiedet. Der Städtetag reagiert darauf auf bisher nicht gekannte Herausforderungen für die Europäische Union, drohende Krisenszenarien wenige Monate vor der EU-Wahl und die Gefahr einer starken Renationalisierung europäischer Politik.

Der Deutsche Städtetag setzt diesen Entwicklungen das ausdrückliche Bekenntnis zur Europäischen Idee und dem europäischen Integrationsprozess als Fundament für ein friedliches Zusammenleben und eine gute wirtschaftliche Entwicklung entgegen.

Die Mitgliedsstädte weisen auf die wichtige Rolle hin, die Städte und ihre Bürgerinnen und Bürger im Gefüge der Europäischen Union spielen, und werben mit zehn Forderungen für eine aktivere Einbindung in die Europapolitik.

Und sie rufen die Bürgerinnen und Bürger auf, sich an den Wahlen zum Europäischen Parlament zu beteiligen: Wer ein bürgernahes Europa will, sollte die Chance nutzen, darauf bei der Europawahl Einfluss zu nehmen.

Wir stehen klar zu Europa und treten an, die europäische Idee ökologisch, demokratisch und sozial neu zu begründen. Und wir sind der Überzeugung, dass gerade eine sehr internationale und wirtschaftlich sehr vernetzte Stadt wie Stuttgart das klare Bekenntnis zu Europa ablegen sollte, denn, darauf weist der Städtetag hin: „Die längste Friedensperiode in Europa und damit auch die längste Periode ununterbrochener städtischer Entwicklung verdanken wir der europäischen Idee.“

### Wir beantragen daher:

1. Die Verwaltung bereitet eine Beschlussvorlage vor, mit der der Gemeinderat der Stadt Stuttgart die Erklärung „Städte für Europa – Europa in den Städten“ des Deutschen Städtetags bekräftigen kann.
2. Die Verwaltung stellt dar, wie die Stadt Stuttgart den in der Erklärung enthaltenen Wahlauftrag ihren Bürgerinnen und Bürgern zur Kenntnis bringt.



Andreas Winter



Gabriele Nuber-Schöllhammer